

## Asien und Ozeanien

### Konkurrierende Transformationspfade

**In allen drei Untersuchungsdimensionen des BTI hat sich die Region Asien und Ozeanien verbessert. Ein klarer Transformationskurs lässt sich daraus jedoch nicht ableiten. Vielmehr dominieren Mischformen – und längst nicht jede Verbesserung ist auch auf eine bessere Regierungsführung zurückzuführen.**

Mit einem Anteil von 61,5 Prozent an der Gesamtbevölkerung aller 129 Staaten im BTI 2014 und einer kumulierten Wirtschaftsleistung von knapp 50 Prozent bilden die 21 Staaten in Asien und Ozeanien die größte und ökonomisch bedeutendste Untersuchungsregion des BTI. Zugleich ist die Region ein sozioökonomisch, kulturell und politisch sehr heterogener Raum. Und schließlich weichen gleich mehrere politisch-ökonomische Entwicklungspfade vom BTI-Leitbild einer doppelten Transformation ab. So praktiziert Indien seit seiner Unabhängigkeit 1947 ein demokratisches Regierungssystem, hat aber erst in den 1990er Jahren mit der Transformation seiner sozialistischen Wirtschaftsordnung (mit marktwirtschaftlichen Elementen) in Richtung einer sozialpolitisch flankierten Marktwirtschaft begonnen. Für den Pfad der konsekutiven Transformation stehen Südkorea und Taiwan. Hier erfolgte der Übergang vom Entwicklungs- zum Schwellen- und Industrieland unter einer Modernisierungsdiktatur auf kapitalistischer Grundlage. Die politische Transformation zur weitgehend konsolidierten rechtsstaatlichen Demokratie erfolgte deutlich später. Eine autoritäre Modernisierung ohne Demokratisierung vollzieht sich bislang in China, Singapur und Vietnam.

Die Mehrzahl der politischen Systeme in Asien und Ozeanien bewegt sich zwischen moderater Autokratie und defekter Demokratie. Verglichen dazu ist die Zahl der harten autoritären Staaten und gut funktionierenden, rechtsstaatlichen Demokratien recht gering. Mit dem Übergang Myanmars von einer reinen Militärdiktatur zur elektoralen Autokratie gibt es aber nur noch vier Staaten in der Region, die keine Oppositionsparteien und Mehrparteienwahlen zulassen. Myanmars Kurswechsel nach Jahrzehnten totaler Isolation ist auch der Hauptgrund dafür, weshalb bei der politischen Transformation ein leichter Anstieg des regionalen Durchschnitts um 0,11 Punkte zu erkennen ist – im Gegensatz zur leichten Verschlechterung im Durchschnitt aller nichtasiatischen Länder.

Die Hybridisierung politischer Herrschaftsordnungen findet ihre Entsprechung im wirtschaftlichen Bereich. So finden sich in Asien Formen der Interaktion von Staat und Märkten, welche durch eine deutlich stärkere Rolle des Staates und staatlicher Marktsteuerung geprägt sind als in den Kapitalismusvarianten der Kern-OECD-Staaten. Dennoch haben 11 der 21 Staaten gegenüber dem BTI 2012 Fortschritte in der marktwirtschaftlichen Transformation erzielt oder den Transformationsstand der Vorperiode gehalten. Im Durchschnitt ergibt sich ein leichtes Plus von 0,06 Punkten. Allerdings ist nicht zu übersehen, dass gerade in jenen Bereichen der marktwirtschaftlichen Transformation, die sich an einem (ordo-)liberalen Marktwirtschaftsverständnis orientieren, nur geringe institutionelle Veränderungen zu beobachten sind. Zudem bleiben die Kriterien „Nachhaltigkeit“ und „Wohlfahrtsordnung“ in der Mehrzahl der Länder unterentwickelt. Das Ausbleiben massiver Konjunkturerinbrüche in den meisten Staaten ist auch der Sogwirkung der chinesischen Volkswirtschaft geschuldet. Zugleich nehmen damit jedoch die Abhängigkeiten vom chinesischen Markt und Pekings Wirtschaftspolitik zu, was die Verletzlichkeit vieler Volkswirtschaften erhöht und die Gestaltungsmöglichkeiten der nationalen Regierungen verringert.

Mit Blick auf das Transformationsmanagement, das sich im regionalen Mittel um 0,12 Punkte verbessert hat, ist der Befund ambivalent. Einerseits zeigt die Managementperformanz führender politischer Akteure in Myanmar (+2,22 Punkte) und den Philippinen (+0,54 Punkte) deutliche Verbesserungen. Weniger ausgeprägt ist das auch in Bhutan und Thailand der Fall. Andererseits hat das Management in elf Staaten gelitten, in Sri Lanka und Indien sogar deutlich (-0,54 bzw. -0,34 Punkte). Das deutet darauf hin, dass die erwähnten Stabilisierungen oder Zugewinne bei der demokratischen und marktwirtschaftlichen Transformation keineswegs automatisch eine verbesserte Managementleistung reflektieren. Tatsächlich haben sich von acht Ländern, deren Status sich sowohl in der politischen wie auch in der wirtschaftlichen Transformation verbessert hat, nur vier auch im Management-Index verbessert. Zudem zahlen die Managementpraktiken etwa in den Kriterien Gestaltungsfähigkeit, Politikkoordination oder Konsensbildung gerade in den wirtschaftlich besonders

erfolgreichen Staaten der Region häufig nicht auf die demokratischen Transformationsziele des BTI ein – ohne dass dies die Effektivität oder Legitimität von Governance zu beeinträchtigen scheint.

## **Politische Transformation**

### **Divergierende Trends**

**Einige Länder Asiens haben beachtliche Fortschritte auf dem Weg in Richtung Demokratie gemacht. Von einem generellen Trend kann jedoch keine Rede sein. Zudem bestehen unverändert große intraregionale Unterschiede.**

Von einer gemäßigten Autokratie zur defekten Demokratie: Diesen Sprung von der zweitschlechtesten in die zweitbeste der fünf politischen Systemkategorien des BTI hat Bhutan geschafft. Der Zugewinn von 1,60 Punkten resultiert dabei zum einen aus den Lokalwahlen 2011, mit denen auf allen Ebenen des Regierungssystems freie und faire Wahlen eingeführt wurden. Zum anderen funktionieren die 2008 erstmals gewählten parlamentarischen Institutionen bereits recht gut, obwohl es bis zum plötzlichen Wechsel der Parlamentsmehrheit im Juni 2013 keine starke Oppositionspartei gab. Auch Thailand wird vom BTI nicht mehr als Autokratie geführt, seitdem die Opposition 2011 die Parlamentswahlen gewann. Dass die Demokratie hier aber noch über wenig Substanz verfügt, zeigt sich darin, dass sogar die moderaten Autokratien in Singapur und Malaysia bessere Werte erzielen.

In Indonesien sowie den Philippinen lassen sich fast durchweg Verbesserungen in allen fünf Kriterien der politischen Transformation erkennen. Während die philippinische Demokratie sich damit trotz zahlreicher Probleme von der desaströsen Regierungszeit Macapagal-Arroyos (2001-2010) erholt, wird die positive Gesamtentwicklung in Indonesien aber durch die Verzögerung wichtiger Reformen getrübt.

Positive Entwicklungen sind auch in drei südostasiatischen Autokratien zu verzeichnen. In Singapur waren die Parlaments- und Präsidentenwahlen 2011 durch einen bis dato unbekanntes Grad an Wettbewerb gekennzeichnet, was der Opposition signifikante Stimmengewinne ermöglichte. In Malaysia wurde der Internal Security Act von 1947 ausgesetzt und ein neues Versammlungsgesetz verabschiedet. Dem stand der unverhältnismäßige Einsatz von Polizeigewalt gegen regierungskritische Demonstranten gegenüber. Die Parlamentswahlen vom Mai 2013 brachten der Regierungskoalition erhebliche Stimmeneinbußen, waren aber von Betrugs- und Manipulationsvorwürfen überschattet. Die von der Regierung in Myanmar angestoßenen Veränderungen haben in 11 der 18 Indikatoren der politischen Transformation zu Verbesserungen geführt.

Im Gegensatz dazu steht die Erosion demokratischer Standards in Nepal (-0,37 Punkte) und insbesondere Sri Lanka (-1,03 Punkte). In Nepal gipfelte das Scheitern des Verfassungsprozesses im Mai 2012 in der Auflösung der Verfassungsgebenden Versammlung. Gegenwärtig hat das Land weder ein gewähltes Parlament noch eine demokratisch legitimierte Regierung. Im Unterschied dazu sind Exekutive und Legislative in Sri Lanka durch Wahlen legitimiert. Die Regierungspraxis von Präsident Rajapaksa ist jedoch durch die systematische Schwächung unabhängiger Staatsorgane, die Besetzung aller bedeutenden Positionen im Staat mit politischen Gefolgsleuten, die Ausschaltung von Opposition und die Marginalisierung der Zivilgesellschaft geprägt und geht einher mit der ungeahndeten Verletzung von Bürgerrechten und rechtsstaatlichen Grundsätzen.

Weitaus weniger ausgeprägt sind die Defizite in Südkorea und Indien, die gemeinsam mit dem regionalen Champion Taiwan an der Spitze der demokratischen Entwicklung liegen. Indes: Südkorea erreicht nur bei sechs und Indien sogar nur bei zwei Indikatoren die Höchstbewertung und die beiden Länder haben im Vergleich zum BTI 2012 einen leichten Qualitätsverlust zu verzeichnen.

Wie groß die politisch-kulturelle Vielfalt in der Region ist, zeigen besonders markant die Unterschiede hinsichtlich der Akzeptanz der politischen Gemeinschaft durch die Bürger sowie des Einflusses religiöser Dogmen auf politische und staatliche Institutionen. Ersteres spiegelt den Umstand wider, dass in einer Reihe von süd- und südostasiatischen Staaten die vorherrschenden Konzeptionen des Nationalstaats zwar von großen Teilen der Mehrheitsbevölkerung, nicht aber von allen Minderheitengruppen geteilt werden. Damit gehen häufig auch Gewaltkonflikte zwischen

Zentralregierung und ethnisch-nationalen Minderheiten einher. Während die Teilregion Nordostasien, traditionell ein Hort funktionierender Staatlichkeit, beim Indikator Staatliches Gewaltmonopol einen Wert von 9,75 Punkten erzielt, sind es in Südasien im Schnitt nur 6,00 Punkte.

Spannungen zwischen religiösen und säkularen Normen und die Einflussnahme von religiösen Dogmen beziehungsweise ihrer Anhänger auf staatliche und politische Institutionen sind in mehrheitlich muslimischen Gesellschaften deutlich stärker ausgeprägt als in anderen Teilen Asiens. Afghanistan, Bangladesch, Indonesien, Malaysia und Pakistan erreichen hier im Schnitt einen Wert von gerade einmal 5,00 Punkten. Doch auch in mehrheitlich christlichen, hinduistischen und buddhistischen Gesellschaften kann man den Einfluss religiöser Dogmen nachweisen. So ist etwa der Buddhismus in Bhutan und Thailand eine der wichtigsten Legitimationsquellen für die Monarchie mit durchaus problematischen Auswirkungen im Hinblick auf die Integration religiöser Minderheiten in Gesellschaft und Politik. Auch in Indien, den Philippinen, Sri Lanka und Myanmar erfolgt die Politisierung von Ethnizität zwecks Mobilisierung der Bevölkerung häufig durch Betonung religiöser Gruppenmerkmale.

## **Wirtschaftliche Transformation**

### **Asiatische Champions vor der Bewährungsprobe**

**Der Systemvergleich beweist erneut: Trotz ihrer beeindruckenden Dynamik sind autoritäre Entwicklungspfade keinesfalls überlegen. Dies gilt auch für China, dessen strukturelle Probleme nach wie vor ungelöst sind.**

Wie schon 2012 widersprechen auch die Befunde des BTI 2014 der populären These vom Erfolgsmodell Autokratie. Mehr noch: In Asien und Ozeanien ist der Abstand zwischen Demokratien und Autokratien in fast allen Bereichen der marktwirtschaftlichen Transformation gewachsen. Und so extrem die Heterogenität der Region in ökonomischer Hinsicht auch erscheint: Mittelfristig zeigt der BTI doch einen generellen, relativ stabilen Aufwärtstrend. Die große Anzahl der Länder weist seit 2006 entweder eine positive Tendenz auf – wie etwa Laos (+0,96 Punkte) – oder ist stabil. Signifikant verschlechtert haben sich nur Nepal, Nordkorea, Pakistan und Thailand.

Positiv hervorzuheben sind dabei die vielerorts relativ hohe Währungs- und Preisstabilität einschließlich solider Staatshaushalte sowie die ökonomische Leistungsfähigkeit vieler Volkswirtschaften. Zu den Schwachpunkten zählt neben den wohlfahrtsstaatlichen Arrangements die Nachhaltigkeit. Dies gilt zum Beispiel auch für Pakistan, das im Vergleich zum BTI 2012 mit einem Minus von 0,32 Punkten im Status der wirtschaftlichen Transformation zu den Verlierern zählt. Sorge bereitet hier schon länger die zur Verbesserung der Lebenssituation breiter Bevölkerungsschichten schlicht zu schwache Wachstumsdynamik. Hinzu kommt, dass es bislang nicht gelungen ist, die Nachwirkungen der Finanzkrise von 2008 und der Flutkatastrophe von 2010 zu kompensieren. Kurzfristig deutliche Aufwärtstrends sind dagegen in Bhutan, das nach einem Zugewinn von 0,64 Punkten nun eine Kategorie höher als 2012 eingestuft wird, und Myanmar (+0,68 Punkte) zu konstatieren. Allerdings ist Myanmar noch immer das ärmste Land Südostasiens.

Mit Blick auf die Teilregionen zeigt der BTI seit seiner Einführung ein kaum verändertes Bild. Trotz des Performanz- und Governance-Versagens in Nordkorea, wo auch nach dem Tod von Kim Jong-il im Dezember 2011 die Zeichen auf Kontinuität stehen, erreicht Nordostasien Spitzenwerte in den Indikatoren Bildungspolitik/Forschung und Entwicklung, volkswirtschaftliche Leistungsstärke und sozioökonomische Hindernisse. Lediglich im Hinblick auf Währungs- und Preisstabilität, Privatwirtschaft und Liberalisierung des Außenhandels kommt Südostasien auf ähnliche oder sogar bessere Bewertungen. Hingegen fällt Südasien im regionalen Vergleich in den Kriterien Sozialordnung, Nachhaltigkeit und sozioökonomisches Entwicklungsniveau dramatisch ab.

Und was ist mit China, Indien und Vietnam, den großen Treibern der Region? Vietnam ist mit Blick auf den kurzfristigen Trend und einem Minus von 0,36 ein Verlierer des BTI 2014. Schwächen zeigte das Land im Hinblick auf die makroökonomische und die Preisstabilität. Zu konstatieren sind anhaltende Probleme im Bankensektor sowie ein nachlassendes Wachstum. Zwar haben

Stabilisierungsmaßnahmen im Untersuchungszeitraum eine makroökonomische Krise verhindert, drastische Reformen waren jedoch nicht politisch durchsetzbar.

Indiens Einbuße um 0,25 Punkte resultiert ebenfalls aus einem nachlassenden Wirtschaftswachstum. Hinzu kommen ein Rekordhandelsdefizit, ein gestiegenes Haushaltsdefizit sowie ein schwacher Wechselkurs und steigende Inflation. Überdies verschrecken Energieengpässe sowie stockende gesetzgeberische Reformen bei Telekommunikation, Bergbau und Grunderwerb Investoren. Als gewaltiges, ungelöstes Problem ist schließlich die Armut zu nennen: 68,7 Prozent der Inder müssen mit weniger als 2 US-Dollar (PPP) am Tag auskommen – in China beträgt dieser Anteil nur noch 29,8 Prozent.

Doch auch hier ist der Wachstumsmotor ins Stottern geraten. 2012 fiel Chinas jährliches Wirtschaftswachstum auf den niedrigsten Stand seit 1999. Zudem haben ungelöste strukturelle Probleme wie die bevorzugte Behandlung von Staatsunternehmen gegenüber Privatunternehmen und die Überbetonung von Investitionen gegenüber dem privaten Konsum die Entwicklung überschattet. Nichtsdestotrotz stand China zu Beginn des Jahres 2013 insgesamt noch etwas besser da als zwei Jahre zuvor, was insbesondere auf leichte Verbesserungen im Bereich der Markt- und Wettbewerbsordnung sowie der Währungs- und Preisstabilität zurückzuführen ist.

## **Transformationsmanagement**

### **Der lange Schatten der Gewalt**

**Während manche asiatische Regierung erfolgreich agiert, ohne auf Demokratie und Marktwirtschaft abzielen, zeigt sich in Afghanistan, Bangladesch und Sri Lanka, wie eng die Spielräume für gutes Regierungshandeln in (Post-)Konfliktgesellschaften sind. Dies entlässt die Eliten jedoch nicht aus der Verantwortung.**

Der Top-Managementperformer des BTI 2014 kommt aus Nordostasien: Taiwan liegt trotz minimaler Verluste auf Platz eins aller 129 untersuchten Staaten. Das Land zeichnet sich durch hohe Werte in allen vier Management-Kriterien aus, die trotz vereinzelter Schwächen in der Ressourcennutzung und der Konsensbildung auf eine gelungene Steuerung des Transformationsprozesses hinweisen.

Insgesamt fällt die regionale Bilanz um einiges nüchterner aus: Zwar ist der Durchschnittswert im Management-Index leicht gestiegen, doch ist dies zum Großteil den enormen Zugewinnen in Myanmar zu verdanken. Insgesamt haben aber nur acht Länder einen besseren Wert als 2012 erzielt, während er sich in elf Staaten verschlechtert hat. Und im Vergleich zu 2008 weisen lediglich sieben Staaten eine bessere Bewertung auf, während sich das Management in acht Staaten um mindestens 0,30 Punkte verschlechtert hat. Diese Beobachtung unterstreicht, dass ein beträchtlicher Teil der Staaten in Asien und Ozeanien nicht dem normativen Leitbild des Transformationsmanagements hin zu sozialstaatlich flankierter Marktwirtschaft und zu rechtsstaatlicher Demokratie im BTI folgt. Dies gilt auch für Regierungen in Malaysia und Singapur, die fraglos nicht auf eine Erweiterung und Vertiefung der Demokratie abzielen – gleichwohl aber volkswirtschaftlich relativ erfolgreich agieren. Zudem hat die Entwicklung Singapurs schon länger ein Niveau erreicht, auf dem die Herausforderungen für Regierungsführung eher denen etablierter OECD-Staaten entsprechen.

Auffällig positiv war die Managementleistung der Regierung des 2010 gewählten philippinischen Präsidenten Ninoy Aquino (+0,54 Punkte). Trotz beträchtlicher Schwächen bei der Gestaltungsfähigkeit und der Ressourceneffizienz bildet sie einen starken Kontrast zum schwachen Management der Regierung Arroyo (2001-2010). Auch Bhutan (+0,42) verzeichnet signifikante Zugewinne. Dass es auch anders geht, zeigen Bangladesch und Thailand. Die mäßige Qualität des Transformationsmanagements in beiden Fällen liegt am unteren Rand der Kategorienschwelle. Beide Staaten leiden noch unter den Auswirkungen schwerer politischer Krisen, allerdings weist der Trend in unterschiedliche Richtungen. Thailand kann nämlich mit einer verbesserten Managementleistung aufwarten. Dies liegt im Kern an spezifischen Lernprozessen seitens der politischen Eliten insgesamt und vor allem daran, dass die Regierung von Premierministerin Yingluck Shinawatra seit ihrem Amtsantritt 2011 eine weniger polarisierende politische Strategie verfolgt. Solche Lernprozesse hat

Bangladesch nicht vorzuweisen. Im Gegenteil: es zeigt sich immer deutlicher, dass die Eliten außerstande sind, jenes Gelegenheitsfenster zur Überwindung von Reformblockaden zu nutzen, das sich während und nach dem Ende der parteilosen Interimsregierung von 2007/2008 geöffnet hatte. Stattdessen ist die Politik in alte Konfrontationsmuster zurückgefallen. Selbst die Aufarbeitung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Unabhängigkeitskrieg von 1971 im Rahmen des Internationalen Straftribunals (ICT) droht zu einer Art von Vendetta-Politik zu verkommen.

Aufschlussreich ist auch der Blick auf drei weitere (Post-) Konfliktgesellschaften. In Sri Lanka droht dabei die Regierung die Gelegenheit für ethnische Aussöhnung, Staatsreform und die Aushandlung neuer politischer Institutionen zur Konflikttransformation zu verpassen. Vieles deutet darauf hin, dass Präsident Rajapaska die Friedensdividende politisch dazu nutzt, die eigene Macht zu konsolidieren. Auch in Afghanistan und Pakistan hat die Managementleistung nachgelassen. Darin spiegelt sich die besondere Problemlast und Einschränkungen der Spielräume für gute Steuerungsleistung in Staaten, die mit den Hinterlassenschaften von Bürgerkriegen (Sri Lanka), anhaltenden (Afghanistan) oder gar eskalierenden Gewaltkonflikten (Pakistan) konfrontiert sind. Doch trotz aller Schwierigkeiten: Die Entwicklung in Pakistan zeigt beispielhaft, dass es den entscheidenden Akteure nicht zuletzt an Willen mangelt, eine Politik zu entwickeln, welche die eskalierende – politisch motivierte und kriminelle – Gewalt in den Griff zu bekommen. Dieses Politikversagen zehrt an der internationalen Glaubwürdigkeit des Landes und erstreckt sich auf viele unterschiedliche Politikbereiche.

Noch verheerender ist die Lage in Nordkorea mit der dezidiert gegen jede Form von politischer Lockerung und marktwirtschaftlichen Reformen gerichteten Politik. Nur Eritrea und Syrien attestiert der BTI 2014 eine noch schlechtere Managementbilanz. Ungeachtet immer wieder aufkommender Spekulationen über die Einleitung von Reformen nach chinesischem Muster hat das Regime nach dem Übergang von Kim Jong-il zu Kim Jong-un bislang keinen Politikwechsel eingeleitet.

## **Ausblick**

### **Kein Konsens über eine doppelte Transformation**

Die Transformationsbilanz in Asien und Ozeanien bleibt im Licht des BTI 2014 wie auch über die vergangenen Ausgaben hinweg zwiespältig. So ist es sicherlich als Erfolg zu werten, dass inzwischen kaum mehr ein Regime ohne institutionelle Elemente der repräsentativen Demokratie auskommt und seinen Herrschaftsanspruch nicht in der einen oder anderen Form auch mit dem Verweis auf Volkssouveränität und Demokratie zu rechtfertigen versucht. Ebenso ist als Fortschritt anzusehen, dass die meisten Länder im Kern stabile marktwirtschaftliche Ordnungen anstreben. Dennoch ist unverkennbar, dass – von wenigen Ausnahmen abgesehen – die Transformationsdynamik in den letzten Jahren wenig Anlass zum Optimismus bietet. Sieht man von Südkorea und Taiwan sowie, eingeschränkt, Indien und Indonesien ab, steht die Demokratie in den meisten Ländern auf institutionell eher schwacher Grundlage. Die große Mehrzahl der Marktwirtschaften funktioniert weiterhin defizitär oder schlecht, und die Umsetzung von durchgreifenden, vor allem dauerhaften Reforminitiativen bleibt die Ausnahme.

Eine wichtige Erklärung dürfte hierfür die unterschiedlich gut ausgebildete Staatlichkeit sein. Das geringe Maß an Staatlichkeit beziehungsweise die persistente Staatsschwäche in Südasien einerseits sowie die gut ausgebildete Staatlichkeit in Nordostasien und, nimmt man Singapur und Vietnam hinzu, in den stärker durch die chinesische Kultur und Staatstradition beeinflussten Ländern verweisen auf die kulturelle Pfadabhängigkeit der Entwicklung von politisch-administrativen Kapazitäten und weit in die Geschichte zurückreichende Erbe früher Staatlichkeit. Mit Blick auf die Perspektiven der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ist das für Südasien, aber auch Länder wie Myanmar keine gute Nachricht. Dort verdichten sich die Anzeichen dafür, dass führende Akteure in der vom Militär dominierten Herrschaftselite des Landes eine Strategie der Machtteilung nach dem klassischen Motto „teile und herrsche“ verfolgen, deren Ziel die Erneuerung eines vom Militär nun indirekt dominierten autoritären Regimes ist.

Doch es gibt noch einen weiteren Grund, weshalb kurz- bis mittelfristig nicht allzu große positive Veränderungen erwartet werden sollten: Weiterhin besteht in der Mehrzahl der asiatischen Staaten

kein Konsens über das Ziel einer doppelten Transformation zu sozialstaatlich flankierter Marktwirtschaft und rechtsstaatlicher Demokratie gleichermaßen. Der (vermeintliche) Kontrast zwischen der rasanten Entwicklung in China und den Schwierigkeiten der Bewahrung oder Vertiefung demokratischer und marktwirtschaftlicher Transformationserfolge in anderen Regionen, wie zum Beispiel Osteuropa, sowie den sich verstetigenden Problemen demokratischen Regierens in Kernstaaten der OECD dürfte bei den politischen Akteuren in der Region zumindest kurzfristig kaum die Attraktivität von Transformationskonzepten wie dem BTI fördern.

Gleichzeitig warten auf China große Herausforderungen: Die wachsende Unsicherheit über den Zustand des Bankensektors, die Sorge um die wachsende Spekulationsblase auf dem Immobilienmarkt sowie eine drohende Kreditklemme der Unternehmen und Banken trüben die Zukunftsaussichten. Zudem fiel das Wirtschaftswachstum zuletzt deutlicher hinter das durchschnittliche Tempo der letzten drei Jahrzehnte zurück – und steht der Umbau des Wirtschaftssystems zu einem nachhaltigeren, stärker konsumbasierten Modell an. Dass China – wie auch Vietnam – nicht über demokratische Verfahren und Institutionen zur Integration und Konsensfindung verfügt, stellt eine weitere Hypothek dar, die den Umgang mit sozialen Schieflagen erschwert.

Die düsterste Prognose aller Länder der Region hat Nordkorea. Unterstellt man der Diktatur und ihrer sehr kleinen Gruppe von essentiellen Unterstützern, die den politischen Führer ins Amt bringt und deren Loyalität für den Machterhalt notwendig ist – zweckrationales Handeln, in dessen Zentrum der Machterhalt steht, so bleibt wohl nur ein Schluss: die Vermeidung jeglicher Art von politischer oder ökonomischer Liberalisierung liegt in der Logik des Regimes.